

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses
„Der Anschlag vom 19.12.2016 am Breitscheidplatz.
Vorgeschichte, Abläufe und Folgerungen für das Land Berlin“**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gemäß Artikel 48 der Verfassung von Berlin setzt das Abgeordnetenhaus einen Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag ein, die Umstände, die den Terroranschlag am Breitscheidplatz ermöglicht haben, umfassend aufzuklären.

Es soll insbesondere untersucht werden, welche Behörden Berlins seit Eintreffen des Attentäters Anis Amri auf deutschem Staatsgebiet mit der Person Amri in welcher Form befasst waren und wie sie mit Behörden anderer Bundesländer und des Bundes zusammengearbeitet haben, um einen derartigen terroristischen Anschlag des als Gefährder bekannten Amri zu verhindern. Wie hat diese Zusammenarbeit funktioniert, bzw., welche Schwierigkeiten hat es gegeben und welche Folgerungen müssen daraus für das Handeln Berlins, insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr, gezogen werden.

Weiter soll der Ausschuss umfassend klären, warum staatliche Stellen den Terroranschlag am 19.12.2016 nicht verhindert haben, welche Hintergründe und strukturelle Ursachen hierfür verantwortlich sind, und daraus Empfehlungen für die Verbesserung der Inneren Sicherheit in Berlin erarbeiten.

Über das Ergebnis ist dem Abgeordnetenhaus Bericht zu erstatten

Begründung:

Die schrecklichen Vorkommnisse vom 19.12.2017 bedürfen der umfänglichen parlamentarischen Aufklärung. Es muss festgestellt werden, ob es Verbesserungsbedarfe bei der Arbeit und Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden des Landes Berlin und des Bundes gibt. Dazu ist der Untersuchungsausschuss das geeignete Mittel.

Berlin, den 17. Januar 2017

Czaja, Krestel, Luthe
und die weiteren Mitglieder
der FDP Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin